

Grossrätlicher Krimi um die Bodeninitiative

Die Bodeninitiative «Boden behalten – Basel gestalten» forderte die grundsätzliche Unveräusserlichkeit staatlichen Bodens und dessen Abgabe im Baurecht. Für die aktive Bodenpolitik sollte der prall gefüllte Mehrwertabgabefonds verwendet werden. Der Regierungsrat konnte dies zum Teil unterstützen und hat das Verkaufsverbot in einen Gegenvorschlag gefasst. Den Mehrwertabgabefonds wollte die Regierung jedoch nicht anrühren.

In der Vorberatung der Bau- und Raumplanungskommission hat sich ein Graben aufgetan. Mit der knappstmöglichen Mehrheit

von 7:6 verwarf die bürgerliche Seite inkl. GLP sogar den regierungsrätlichen Gegenvorschlag.

Im Grossen Rat begann die Debatte über die Initiative am 11. Dezember 2013 um 16.30 Uhr. Die links-grüne Grossratsseite hätte bei einer Abstimmung eine Mehrheit gehabt. Die bürgerliche Seite wandte mit inhaltsleeren Voten und Zwischenfragen eine eigentliche Filibuster-Taktik an. Da um 18 Uhr das Geschäft nicht zu Ende beraten war, wurde von der SP-Fraktion Antrag auf Verlängerung der Sitzung gestellt. Diese Abstimmung endete 45:45. Grossratspräsident C. Cramer gab den

Stichentscheid für Abbruch der Sitzung. Die Debatte ging dann mit besserer bürgerlicher Präsenz eine Woche später weiter. Mit 47:46 wurde die Initiative knapp zur Verwerfung empfohlen.

Die Initianten haben statt eines teuren Abstimmungskampfes mit ungewissem Ausgang die Initiative zurückgezogen. Zugleich wurde die «neue Bodeninitiative» lanciert. Diese übernimmt den regierungsrätlichen Gegenvorschlag. Die Regierung ist so ungewollt zur Initiantin der neuen Bodeninitiative geworden! Die Initiative sieht vor, dass staatliche Immobilien grundsätzlich nicht veräussert

werden dürfen. Das Tafelsilber kann so nicht verscherbelt werden, und der Kanton hat auch in Zukunft Planungs- und Gestaltungsmöglichkeiten. Die neue Bodeninitiative ist äusserst breit abgestützt. Damit sollte garantiert sein, dass dem sinnvollen regierungsrätlichen Gegenvorschlag trotz bürgerlichem Sperrfeuer zum Durchbruch verholfen wird.



René Brigger
Grossrat SP Basel-Stadt